

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 25. Juni 1985

Blatt 1531

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Neuer Flächenwidmungsplan im 8. Bezirk
Untersuchung über Fahrrad-Abstellplätze bei der U-Bahn
Abdullah Bin Abdul Aziz: Eintragung ins Goldene Buch

Kultur: Dijon in Wien
(gelb)

Neuer Flächenwidmungsplan im 8. Bezirk

1 #Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Für den Baublock zwischen Josefstädter Straße, Tigergasse, Pfeilgasse und Albertgasse wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet. Die Überarbeitung des bestehenden Planes steht im Zusammenhang mit einem Bundes-Bauprojekt. Der neue Flächenwidmungsplan enthält auch Bestimmungen über die Hofentkernung und die Innenhofbegrünung. Der Planentwurf liegt vom 27. Juni bis 25. Juli während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.#

(Schluß) and/bs

NNNN

Untersuchung über Fahrrad-Abstellplätze bei der U-Bahn

2 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) In einer Anfragebeantwortung im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie teilte Stadtrat Johann HÄTZL mit, daß die Wiener Stadtwerke bei geeigneten U-Bahn-Stationen Fahrrad-Abstellständer aufstellen werden, wenn die notwendigen behördlichen Genehmigungen vorliegen.

Derzeit wird vom Projektkoordinator für Radwege, Dipl.-Ing. Ernst GLASER, im Einvernehmen mit den Stadtwerken eine Bedarfserhebung durchgeführt. Wenn geeignete Standorte gefunden werden, können die Wiener Stadtwerke um die behördlichen Genehmigungen ansuchen. (Schluß) roh/gg

NNNN

Dijon in Wien

Utl.: Die Hauptstadt von Burgund präsentiert sich im Rathaus
10 Wien, 25.6. (RK-KULTUR) Seit 20. Juni ist in der Volkshalle
des Wiener Rathauses die Ausstellung "Dijon, Hauptstadt von Burgund"
zu sehen, die vom Wiener Bürgermeister, Dr. Helmut Zilk und seinem
Amtskollegen aus Dijon, Robert POUJADE, gemeinsam eröffnet wurde.

Dijon ist bekannt für seinen hohen Standard der Gastronomie,
der Weinkultur und einen allgemein gepflegten Lebensstil. Dies wird
auch bei der Ausstellung eindrucksvoll mit Fototafeln demonstriert,
wobei auch auf die Aspekte Denkmalschutz, Altstadtsanierung und
Umweltschutz besonderes Gewicht gelegt wird. Ein Panorama der Stadt,
in dem die wichtigsten Gebäude auf Knopfdruck beleuchtet werden
können und eine Multivision werden ebenfalls gezeigt.

Eine Reihe wertvoller Kunstwerke, Gemälde, Skulpturen und alter
Handschriften ist zu besichtigen, die u. a. die Beziehungen zwischen
der burgundischen Hauptstadt und jener Österreichs aufzeigt: Maria
von Burgund war die Gattin des Habsburger-Kaisers Maximilian I.
(1459 - 1519), durch ihre Heirat kam der Orden vom Goldenen Vlies,
der als Hauptbestandteil des "Burgunderschatzes" heute eine der
Hauptattraktionen der Wiener Schatzkammer bildet, in den Besitz der
Habsburger. Die Ausstellung ist bis 7. Juli täglich von 10 bis
18 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen. (Schluß) fvv/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

3 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates wurde Dienstag mit der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales fortgesetzt.

Die ernstesten Bemühungen des vergangenen Jahres, die Kosten in diesem Bereich zu senken, seien begrüßenswert, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Sowohl die Zahl der systematisierten Betten als auch die durchschnittliche Verweildauer konnte gesenkt werden. Dadurch war der Abgang um fast 300 Millionen Schilling niedriger als die Schätzungen des Voranschlages.

Hirnschall forderte, daß der Kostenersatz durch die Krankenkassen neu geregelt werden muß. Zur fühlbaren Entlastung der Spitäler sei es außerdem notwendig, die Zahl der praktischen Ärzte mit Kassenvertrag aufzustocken. In einem ANTRAG ersuchen deshalb die FPÖ-Gemeinderäte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher, mit den Sozialversicherungsträgern und der Ärztekammer ehestens Verhandlungen aufzunehmen, damit wenigstens das in Aussicht genommene Kontingent von 1.000 praktischen Ärzten mit Kassenvertrag erreicht wird. Nur dadurch sei es möglich, die Hauskrankenpflege zu intensivieren.

In einer kurzen Wortmeldung zur gestrigen Debatte teilte Bürgermeister Dr. ZILK mit, daß er die Entschuldigung von GR. NEUMANN (ÖVP) mit Dank zur Kenntnis nehme und auch seine eigene Reaktion von Montag bedaure. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

4 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP) registrierte im Wiener Gesundheitswesen im Jahr 1984 eine Reihe von Versäumnissen, vor allem im Bereich der Vorsorgemedizin. Hier fehle es bereits an der Aufklärung und Gesundheitserziehung in den Schulen, weiters seien die geringe Teilnahme bei den Gesundenuntersuchungen und die geringe Früherkennungsrate bei Krebserkrankungen zu registrieren. 95 Prozent des Gesundheitsbudgets fließen in die teure "Reparaturmedizin". Der Ausbau der Patientenvertretung liege hier ebenso im argen wie die Berücksichtigung der psychischen Komponente von Erkrankungen. Die Kosten der Errichtung von Krankbetten, aber auch die Betriebskosten von Wiener Spitälern liegen weit über dem österreichischen Schnitt, sagte Schlick. In diesem Zusammenhang beantragte sie die genaue Prüfung der Planung und der bisher gesetzten Maßnahmen beim Bau des Krankenhauses Stadlau.

Schließlich seien auch die Rekordzahlen der Sozialen Dienste in Wien in dem Lichte zu sehen, daß ihre Inanspruchnahme von einer schlechten sozialen Situation breiter Bevölkerungsschichten zeuge. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

5 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Herta SLABINA (SPö) zog einen Vergleich zwischen der Situation der Menschen früher - ohne ausreichende Krankenversorgung und soziale Absicherung - und den heutigen Verhältnissen mit einer neuen Armut, die oft daraus resultiere, daß Menschen Hilfsbedürftigkeit nicht eingestehen wollen und vom Hilfsangebot daher keinen Gebrauch machen.

Es ist unsere Aufgabe, für bessere Lebensbedingungen insbesondere der alten Menschen durch medizinische Therapie und Rehabilitation und für eine noch bessere psychische und soziale Betreuung zu sorgen. Bessere ambulante Versorgung in der Wohnung ist wichtig, um Krankenhaus- und Pflegeheimaufenthalte zu vermeiden. Das verstärkte Angebot an sozialen Diensten werde nun dank besserer Information stärker in Anspruch genommen, unterstrich GR. Slabina. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

6 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Für Lärmvermeidung und Lärmschutz als Gesundheitsvorsorge sprach sich GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (öVP) aus. Die Umwelt wird immer lauter, eine Viertelmillion Wiener fühlen sich durch den Lärm sehr stark belästigt. Schilling forderte in zwei ANTRÄGEN von der Stadt Wien Maßnahmen zur Lärmbekämpfung. Die Stadt Wien sollte nur schallgedämpfte Geräte ankaufen. Außerdem müßte man verstärkt gegen einspurige Kraftfahrzeuge vorgehen. Neben der Lärmmessung müßten Nachtfahrverbote erlassen werden. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

8 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HUBER (SPö) verwies darauf, daß Wien im vergangenen Jahr mehr als 2,5 Milliarden Schilling für Fremdpatienten aufzuwenden hatte. Eine Änderung des Krankenanstaltengesetzes sei dringend nötig. Kosteneinsparungen im medizinischen Bereich dürften jedoch nie zu Lasten der Medizintechnik bzw. der Humanität gehen.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche patientenbezogene Maßnahmen durchgeführt, so etwa die Schaffung kleinerer Krankenzimmer und die Änderung der Weckzeiten. In der Weiterbildung und Ausbildung des Krankenpflegepersonals wurde viel erreicht. Zur Kritik an der Umwandlung des Sophienspitals in ein modernes Pflegeheim stellte Huber fest, die öVP habe immer wieder die Umwandlung von Akutbetten in Pflegebetten gefordert. Nun, da dieser Wunsch verwirklicht werde, distanzieren sich die öVP von ihren eigenen Vorstellungen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

9 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) stellte fest, daß auch im letzten Investitions- und Finanzplan keine Mittel für den Neubau von Pflegeheimen vorgesehen sind. Durch das Fehlen von Pflegeheimen werden viele Akutbetten, die pro Tag bis zu 2.500 Schilling kosten, durch pflegebedürftige Patienten besetzt. Obwohl in den vergangenen Jahren immer wieder verschiedene Pflegeheime geplant wurden, kam es zu keiner Realisierung. Als Beispiel nannte Neubert das seit Jahren leerstehende Krankenhaus der Unfallversicherung in der Webergasse im 20. Bezirk. Dem massiven Wunsch der Bevölkerung nach einem Pflegeheim im 20. Bezirk sollte entsprochen werden. Er stellte deshalb den ANTRAG, daß dieses leerstehende Krankenhaus ehestmöglich in ein Pflegeheim umgebaut werden soll. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

11 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER nahm zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung. Die von Dr. HIRNSCHALL angeführte Steigerung der Medikamentenkosten bezeichnete Stacher als adäquat den Steigerungen der Gesamtkosten der Medizin. Zur Ernährung in den Krankenhäusern sagte er, daß die Patienten ihre gewohnte Kost auch im Spital bevorzugen. Im Bereich der Hauskrankenpflege sprach sich Stacher für den weiteren Ausbau und für die Einrichtung von Gemeinschaftspraxen zur Entlastung der Spitäler aus. Daß der soziale Notruf von der Bevölkerung in hohem Maß angenommen werde, finde er im Gegensatz zu Frau Dr. Schlick durchaus erfreulich. Stacher wandte sich auch gegen den Begriff der "Reparaturmedizin", da man die Medizin nur als Ganzes sehen könne. Die Bettenkosten im AKH bezeichnete Stacher als nicht vergleichbar, da dieses Spital auch die größte medizinische Forschungs- und Lehrstätte in Österreich sei. Zum Bereich der Pflegebettenversorgung sagte Stacher, daß diese durch Umwandlung von Spitalsbetten im Westen Wiens weiter vorangetrieben werde. Zusätzlich werde dadurch das Ungleichgewicht zwischen Westen und Osten im Bereich der Spitalsbettenversorgung beseitigt. Für die Zukunft seien Strukturen anzustreben, die alten Menschen die Pflege in Pflegeheimen, aber auch die Rehabilitation und einen möglichst langen Verbleib in der eigenen Wohnung ermöglichen. Stacher belegte schließlich, daß die Wiener Spitäler durchaus nicht teurer seien, als die in den anderen Bundesländern, und er wandte sich gegen vermehrte Gründungen von Privatspitals, da diese volkswirtschaftlich teurer als öffentliche Spitäler seien und nur dem privaten Gewinn dienen. Stacher sprach sich abschließend für eine Reibehaltung der bisherigen Linien des Gesundheitswesens in Wien aus. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

12 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) erklärte, die Erfolge von Vizebürgermeister MAYR bei den KRAZAF-Verhandlungen hätten für die Gesundheitsversorgung in Österreich insgesamt keine Vorteile gebracht. Nach wie vor gebe es organisatorische Unvollkommenheiten, und die Pflegegebühren deckten keinesfalls die tatsächlichen Kosten. In einem ANTRAG verlangte die ÖVP verstärkte Autonomie der einzelnen Spitäler im Rahmen einer vorgegebenen gesundheitspolitischen Aufgabenstellung, geeignetes Managementpersonal, moderne Informations- und Dokumentationssysteme zur erhöhten Transparenz der einzelnen Leistungen und Kosten, die Einführung eines modernen Diagnoseschlüssels, die separate Budgetierung jedes Spitals, eine wirtschaftliche Nutzung der Infrastruktur, bessere personelle Organisation sowie die Erstellung eines Planes für die Änderungen. Auch für die Bewältigung des Krankenschwestern-Engpasses fehlen Konzepte, kritisierte Wagner, und er urgierte Maßnahmen gegen den Ärzteüberschuß. Schließlich übte er auch Kritik an politischer Postenbesetzung. Wagner deponierte anschließend die Bereitschaft der ÖVP zur Kooperation auch bei unpopulären Maßnahmen, allerdings nur auf der Grundlage eines entsprechenden Konzeptes. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

13 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) verwahrte sich gegen Vorwürfe, daß bei der Anstellung von Ärzten nicht ordnungsgemäß vorgegangen werde. Es gibt strenge Kriterien dafür. Allein Ärzte, die sub auspiciis promoviert haben, werden vorgereicht. Außerdem besteht die Möglichkeit, Pflegedienst zu machen. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

14 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) forderte in einem Antrag einen jährlich zum Rechnungsabschluß vorliegenden Kunst- und Kulturförderungsbericht. Die Stadt Wien gibt derzeit bereits 754 Millionen an Subventionen aus, es wäre angebracht, darüber einen jährlichen Bericht zu geben. Darin müßten auch Subventionen von anderer Seite, z. B. vom Bund, aufscheinen. (Forts.) sei/rr

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

15 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAUTHE (ÖVP) bedauerte, daß sich das Kulturbudget leicht verringert habe und jetzt nur mehr knapp ein Prozent des Gesamtbudgets ausmache. Zudem besteht die Neigung, daß viele Aufgaben des Kulturamtes aus dem Bereich der Gemeindeverwaltung in Vereine und Gesellschaften ausgelagert werden. Darin sei eine Schwächerung der Chancen zu befürchten, eigene Ideen zu realisieren. Außerdem fehle es den meisten dieser Vereine und Gesellschaften an den notwendigen Marketing- und Managementkonzepten.

Mauthe erklärte, daß im Bereich der Stadtbildpflege noch viele Aufgaben zu bewältigen sind. So wurden bis jetzt von seiten des Kulturamtes keine Stellungnahmen zu Großprojekten, wie zum Bau der Heldenplatzgarage, der Ausgestaltung des Platzes vor der Albertina oder zur künftigen Verwendung des Messepalastes abgegeben.

Abschließend erklärte Mauthe, daß die Wiener Kulturpolitik auf das große Interesse der jungen Menschen an Kultur Rücksicht nehmen müsse und sowohl die Subventionsvergaben als auch die Kunstförderung neu überdacht werden müßte. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

16 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. AIGNER (SPö) kritisierte an den Ausführungen von Stadtrat Mauthe, daß dieser zwar das Wiener Kulturleben positiv beschreibe, den Anteil der Kulturpolitik und der Kulturverwaltung an der kulturellen Vielfalt der Stadt jedoch unterschlage. Dabei sei es ungeheuer bemerkenswert, was in Wien mit einem relativ kleinen Prozentsatz des Gesamtbudgets für die Kultur geschehe. Als Beispiele nannte Aigner unter anderem die Festwochen, den kommenden Musik-Sommer, den Dauererfolg von "Cats", die Viennale, das Festival "Töne und Gegentöne" im Herbst und das im Zweijahresrhythmus stattfindende Ballettfest. Als positive Weichenstellungen erwähnte Aigner auch die Neuordnung bei den Wiener Festwochen und die Übertragung der Leitung an Dr. Pasterk, die bereits heuer große Erfolge erzielt habe, weiters die Verpflichtung von Georges Pretre als ersten Gastdirigenten der Symphoniker. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

17 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte, daß zur Übertragung des Fußballspiels während der Festwocheneröffnung mehr als eineinviertel Millionen Schilling ausgegeben wurden, während andererseits ein traditionsreicher Verein zusperren müsse, weil er 350.000 Schilling nicht aufbringt. Der Sport werde angesichts vermehrter Freizeit zunehmende Bedeutung gewinnen, es sei deshalb notwendig, ausreichend Sportmöglichkeiten in leicht erreichbarer Nähe zur Verfügung zu stellen. Mehr Rücksicht sollte auch auf die Tatsache genommen werden, daß zunehmend ganze Familien gemeinsam Sport betreiben wollen. Arthold forderte, persönlichen Freiraum für die Sportausübung statt organisierter Veranstaltungen anzubieten. Es sei zu überlegen, ob wir es uns in Zukunft leisten können, Vereine zu unterstützen, die Millionengagen zahlen und großteils ausländische Trainer und Spieler beschäftigen. Schließlich meinte Arthold, der dem Gemeinderat vorgelegte Sportstättenplan sei nicht mehr als eine Bestandsaufnahme, er enthalte keine Aussagen über Fehlbestände und vorgesehene Maßnahmen zu deren Behebung. In Wien werde es als Selbstverständlichkeit betrachtet, daß die Gemeinde für Reinigungs- und Pflegearbeiten auf Sportanlagen aufzukommen habe, kritisierte Arthold. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

18 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. WIMMER (SPÖ) erklärte, die Vorschläge der Opposition werden nicht abqualifiziert. So wird das Problem der Unkostenbeiträge bei Turnsälen jetzt noch einmal diskutiert, nachdem die Opposition Einwände hatte. Die Beschlüsse in den Gremien werden meistens einstimmig gefaßt.

Es ist positiv, daß die Vollüberdachung des Stadions nun die Zustimmung aller gefunden hat. Ein Neubau wäre wesentlich teurer gekommen und hätte viel länger gedauert. Im Vorjahr wurde im Sportstättenbau auch sehr wirtschaftlich vorgegangen. So konnten bei der Sportanlage Franz-Koci-Straße fünf Millionen eingespart werden. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

19 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. BRIX (SPÖ) verwies darauf, daß die Kulturarbeit ein breites Spektrum für alle Mitbürger umfasse und hob vor allem die Leistung der Bezirkskulturvereine hervor. Auch in den Bezirksmuseen wurde Beachtliches geleistet. Wien hat durch seine Ausstellungspolitik internationale Geltung erlangt. Die Türkenausstellung im Vorjahr wurde von 400.000 Besuchern gesehen, die derzeit laufende Ausstellung "Traum und Wirklichkeit" wurde in nur drei Monaten von fast 300.000 Menschen besucht. Als Erfolg hat sich auch die Zusammenarbeit zwischen Technikern und Archäologen beim U-Bahn-Bau herausgestellt. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

20 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die städtischen Sportanlagen werden nicht nur von Sportvereinen genutzt, sondern in einem großen Ausmaß durch andere Organisationen und vereinsungebundene Personen, erklärte StR. MRKVICKA (SPÖ). Die Subventionierung großer Sportvereine müsse ausführlich diskutiert werden, da der Leistungssport und der Breitensport durch seine gegenseitige Wirkung nur in Kombination gesehen werden können. Obwohl durch die Renovierung und den Bau von großen Sportanlagen beträchtliche Mittel gebunden sind, werden auch künftig kleinere Sportanlagen nicht vernachlässigt. Als besondere Bereicherung des Breitensports nannte Mrkvicka den Ausbau des Radwegenetzes.

Zum Vorwurf, daß im Bereich der Kultur viele Kompetenzen an Vereine und Gesellschaften abgegeben würden, sagte Mrkvicka, daß personelle und verwaltungstechnische Vorteile für diese Vorgangsweise sprechen. Es hat sich am Beispiel der Verwaltung der Szene Wien durch die Stadthalle gezeigt, daß die professionelle Führung den Abgang verringert und einen guten Geschäftserfolg gebracht hat. Auch das Konzept der Wiener Festwochen habe sich als sehr erfolgreich erwiesen.

Das große Interesse an Kultur wurde wesentlich durch die Demokratisierung des Schulwesens und die Bildungsexplosion der 70er Jahre erreicht. Die Stadtverwaltung bemüht sich deshalb auch nachhaltig, möglichst vielen Menschen ein breites Angebot kultureller Betätigungsmöglichkeiten anzubieten.

Abschließend erklärte Mrkvicka, daß die Vergabe von Subventionen sicherlich schwierig sei, weil bei diesen Entscheidungen in jedem einzelnen Fall auch die Situation der Künstler miteinbezogen werden muß. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

21 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Mit der Wortmeldung von GR. PUTZ (öVP) wurde die Debatte für den Bereich Bildung, Jugend und Familie begonnen. Putz ging zunächst auf die Jugendzentren der Stadt Wien ein und kritisierte deren budgetäre Bevorzugung vor anderen Jugendorganisationen. Die institutionalisierten Jugendzentren seien Ausdruck einer Haltung, die nicht auf die Wünsche der heutigen Jugend eingehe. Überdies habe das Kontrollamt verschiedene Mängel in der Gebarung der Jugendzentren festgestellt. Insgesamt wäre mehr Flexibilität bei der Jugendarbeit, mehr Gerechtigkeit in der Verteilung der Mittel wünschenswert. Anschließend wandte sich Putz gegen die Möglichkeit der verbalen Beurteilung in den Schulen. Diese wäre eher diskriminierend als die herkömmliche Notenbeurteilung, die - aus einem partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Lehrern, Eltern und Schülern kommend - durchaus ein integrierender Bestandteil der schulischen Erziehung sei. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

22 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) verwies darauf, daß eine steigende Anzahl von Jugendzentren naturgemäß einen höheren Subventionsbedarf bedinge. Es solle aber versucht werden, die Subventionswünsche künftig kompakter zusammenzufassen. Die Kritikpunkte aus dem Kontrollamtsbericht wurden in der Zwischenzeit bereits berücksichtigt. Während die Jugendzentren bisher nach quantitativer Expansion trachten mußten, sei es nun notwendig, neben dem Freizeitbereich auch die Themen Sozialpädagogik sowie projekt- und gruppenorientierte Arbeit einzubringen. Die Konsequenz könne allerdings sicher kein Rückgang des Personalstandes sein. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

23 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Gegen einen weiteren Ausbau der Kinderkrippenplätze sprach sich GR. Mag. Eva PETRIK (öVP) aus. Dafür sollten die Tagesmütter, wie Petrik in einem ANTRAG forderte, stärker forciert werden. Für die ein- bis dreijährigen Kleinkinder ist das Konzept der Tagesmütter einfach die bessere pädagogische Form. In einem weiteren ANTRAG forderte Petrik, daß alle freien Träger der Erwachsenenbildung, die ehebegleitende Bildungsprojekte anbieten, stärker durch die Stadt Wien gefördert werden sollen. Das, was wir mehr für die Erziehung der Kleinkinder ausgeben, ersparen wir uns später an Jugendproblemen, betonte Petrik. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

25 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) betonte, das Ziel der sozialistischen Politik sei Chancengleichheit. Schule und Familie dürfen zueinander nicht in Konkurrenz stehen. Der Ausbau der Familienwohlfahrt habe in Wien eine große Tradition. Schon Julius Tandler hat das Recht auf Hilfe und die Verpflichtung der Gemeinschaft zur Hilfeleistung postuliert.

Es gebe nach wie vor einen Bedarf an Kinderkrippen sowie einen Trend zum Kindertagesheim. Entgegen manchen Kritiken stellte GR. Stubenvoll fest, daß die städtischen Kinderkrippen im Vergleich zu anderen und auch international gut abschneiden. Die Rednerin dankte den Pflegeeltern für ihre Bemühungen und verwies darauf, das es gelungen sei, in den letzten Jahren die Zahl der Heimzöglinge wesentlich zu senken. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

26 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Der Lehrlingsausbildung muß in Zukunft ein noch höherer Stellenwert eingeräumt werden, damit auch in Zukunft die Jugendarbeitslosigkeit eingedämmt werden kann, forderte GR. FAYMANN (SPÖ). Entsprechend den wirtschaftlichen Erfordernissen müsse die Ausbildung ständig modernisiert und die Allgemeinbildung ausgeweitet werden. Der Spezialisierung in vielen Berufen hat die Gemeinde Wien dadurch Rechnung getragen, daß sie im vergangenen Jahr insgesamt 569 Millionen Schilling in die Berufsschulen investiert hat.

Weiters teilte Faymann mit, daß die Veranstaltungen des Landesjugendreferates fast eine Million Teilnehmer erreicht haben. Allein am Wiener Ferienspiel beteiligten sich über eine halbe Million Kinder und Eltern. Aber auch die Schülerklubs, das Mitspielfest, die Familiensonntage und Jungbürgerfeiern werden zahlreich besucht. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

27 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte, daß die Opposition eine von GR. Faymann zitierte IFES-Umfrage erst spät in einer sehr verknüpften Kurzfassung erhalten habe. Der Vergleich der Parteipräferenz lasse den Verdacht aufkommen, daß die SPÖ hier auf Steuerkosten eine Parteiumfrage angehängt habe.

StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ) entgegnete, daß der zusammenfassende Endbericht der Umfrage mit den zitierten Daten der ÖVP zugegangen sei. Weiters nahm Smejkal zur Frage der Jugendorganisationen Stellung und sagte, daß man hier eine stärkere Förderung überlegen könne. Die Jugendzentren seien durch die Veränderung ihrer Aufgabenstellung, die eine sehr komplexe sei, eine unumstrittene Notwendigkeit. Zur Frage der Förderung der Tagesmütter sagte Smejkal, daß der Trend eher zu den Kinderkrippen und Kindergärten gehe. Angesichts der guten Ausbildung der Kindergärtnerinnen sei dieses Vertrauen seitens der Eltern auch verständlich. Smejkal bekannte sich zum Begriff der Familie, der stets seinen Platz in der sozialistischen Politik habe, und zum Zusammenwirken von Schule und Familie. Der Dialog mit der Jugend wurde in Wien stets gepflegt, sagte Smejkal. Man werde sich auch in Zukunft und auch in schwierigen Situationen darum bemühen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

28 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte Unzukömmlichkeiten bei der Sanierung bestehender Berufsschulen und damit verbunden unzumutbare Arbeitsbedingungen für Lehrer und Schüler. Petrik verlangte in einem ANTRAG die Einsetzung einer Gemeinderätlichen Berufsschulkommission zur Überwachung der Situation (Tempo der Umbauarbeiten, Zustand der technischen Einrichtungen) bei den Wiener Berufsschulen. In einem weiteren ANTRAG fordert die ÖVP die Befassung des Schulausschusses mit Beratung und Überprüfung der Planungs- und Errichtungsarbeiten bei Neu- und maßgeblichen Umbauarbeiten von Berufsschulgebäuden. Schließlich setzt sich die Wiener ÖVP in einem ANTRAG dafür ein, daß ein schriftlicher Bericht über den baulichen, räumlichen und ausstattungsmaßigen Zustand der Wiener Berufsschulen für den Gemeinderat ausgearbeitet werden soll. Abschließend kritisierte Petrik, daß, während im Herbst die "Neue Hauptschule" beginnt, gleichzeitig zwei Schulversuche starten. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Bildung, Jugend und Familie

29 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. PROCHAZKA (ÖVP) kritisierte nochmals, daß die IFES-Studie "Jugend in der Großstadt" erst verspätet an die Volkspartei übermittelt worden sei.

StR. Ingrid SMEJKAL betonte in einer kurzen Wortmeldung, daß die Studie komplett übermittelt worden sei. Sie stehe zum Vorrang der betrieblichen Ausbildung im Rahmen der dualen Berufsausbildung, jedoch verfügten nicht alle Betriebe über jene Geräte, an denen Lehrlinge ausgebildet werden sollten. Die Rednerin dankte der Wirtschaft und den Berufsschullehrern für die gute Zusammenarbeit bei der Lehrlingsausbildung.

StR. NEUSSER (ÖVP) wies darauf hin, daß mehr als 50 Prozent der Jugendlichen eine Berufsschulausbildung erhalten. Er verstehe daher nicht, daß Lehrlinge zum Beispiel im Bereich Fahrtenermäßigung gegenüber AHS-Schülern benachteiligt werden. Andererseits sprach sich Neusser dafür aus, daß Berufsschüler, die nicht lernen wollen, auch die Lehrzeit nachholen sollten. Das sei man dem guten Ruf der österreichischen Facharbeiter schuldig. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Bauten

30 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Durch den Beschluß, die Planung und den Bau der A 22 und der A 24 einer Straßenbaugesellschaft zu übertragen, werden die zuständigen Wiener Stadträte vollkommen entmündigt, erklärte GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP). Der Vertrag sieht unter anderem vor, daß das alleinige Weisungsrecht beim Bund liegt. Der durchgeführte Planungswettbewerb in Bezug auf die Neuplanung des Gürtels und der West- und Südeinfahrt hat sehr viele positive Ansätze und Ideen gebracht. Es ist nicht einzusehen, daß dieses große, für Wien so wichtige Straßenbauprojekt einer Baugesellschaft alleine überantwortet wird. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bauten

31 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. GALL (SPÖ) beschäftigte sich mit der Magistratsabteilung 46. Als wesentliche Bereiche nannte Gall die Verkehrsberuhigung und die Verkehrsorganisation. Durch koordinierte Schaltung der Verkehrslichtsignalanlagen ist die Gewähr für die Flüssigkeit des Verkehrs und damit auch für bessere Umweltverhältnisse gegeben. Bereits jetzt ist die Hälfte aller Verkehrslichtsignalanlagen an die Verkehrsleitzentrale angeschlossen, ein Prozentsatz, der in Kürze noch wesentlich verbessert werden soll. Schließlich erwähnte Gall noch den Verkehrssicherheitscomputer, mit dessen Hilfe gezielte Maßnahmen zur Unfallreduktion getroffen werden konnten. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bauten

32 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Gr. MANDAHUS (öVP) berichtete über die schwierige finanzielle Lage der Bauwirtschaft, mit geringer werdendem Produktionswert und steigenden Insolvenzzahlen. In einem ANTRAG fordert die öVP den Finanzstadtrat auf, mit dem Finanzminister über eine Änderung der Bestimmungen über die vorzeitige Abschreibung zu sprechen. Die vorzeitige Abschreibung soll von 25 auf 50 Prozent erhöht und die Restabschreibung mit höchstens 10 Jahren begrenzt werden. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bauten

33 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HUBER (SPÖ) zog eine Bilanz der Tätigkeit der Geschäftsgruppe Bauten. 1984 wurde eine Leistung von 4,2 Milliarden Schilling erbracht. Wesentliche Bauvorhaben im Bereich Lärmschutz und Umweltverbesserung wurden verwirklicht. Fragen der Verkehrsorganisation wurden in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung gelöst. Huber verwies darauf, daß der Ausbau der Radwege zügig fortgesetzt werde, und die Errichtung von Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen forciert werde. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bauten

34 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. CVETKOVIC (öVP) kritisierte die einseitige Auftragsvergabe. Da im Hochbau mehr Menschen beschäftigt werden können als beim Straßenbau, müßte diesem der Vorzug gegeben werden. Die Betriebe des Bau- und Baunebengewerbes haben auch stark darunter zu leiden, daß die kürzlich beschlossene Wohnbausanierung noch kaum angelaufen ist. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bauten

35 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat RAUTNER (SPÖ) betonte die Schwierigkeit des Straßenbaus in einer Großstadt wie Wien. Hier müssen Aspekte, die von der Verkehrstechnik bis zur Umweltproblematik reichen, berücksichtigt werden. Dabei gilt es auch, die Bevölkerung miteinzubeziehen. Aus diesem Grund ist auch eine Reihe baureifer Projekte auf dem Gebiet des Straßenbaus noch nicht zur Ausführung gekommen und sind Budgetbeträge übriggeblieben. Es werden jedoch alle Anstrengungen unternommen - dies auch über ein großes Bauprogramm mit der Sanierung städtischer Bausubstanz an der Spitze -, um die wirtschaftliche Situation dieser Branche zu konsolidieren. Im Bereich des Wiener Straßenbaus wird in Zukunft auch für Ersatzprojekte gesorgt werden, die bei Aufschub eines Bauvorhabens zum Tragen kommen sollen. Insgesamt muß man das Bauen im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft sehen, die in Österreich in einer guten Lage ist, sagte Rautner. Man muß jedoch bedenken, daß derzeit in Österreich baureife Vorhaben mit einem Auftragswert von 60 Milliarden Schilling durch verschiedene Einsprüche blockiert sind. Rautner wies darauf hin, daß der Bau der A 22 nun mit einem ein Kilometer langen Lärmschutztunnel im Bereich Kaisermühlen gesichert ist, ebenso eine Reihe weiterer Bauvorhaben. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bauten

36 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) begrüßte es, daß nun auch bei der Mehrheitsfraktion ein Umdenken in Richtung einer verstärkten Bedeutung des Fahrrades eingesetzt habe. Hinsichtlich der Ausstattung der Radwege sollte man sich jedoch der Hilfe von Fachleuten bedienen, wie z.B. der ARGUS. Kauer überreichte eine Petition, die anlässlich des Radfahrtages am 15. Juni unterschrieben wurde und in der die rasche Fertigstellung des Ring-Rund-Radweges ohne komplizierte Ampelschaltungen verlangt wird. Er freue sich, sagte Kauer, daß dieser Radweg nun in Angriff genommen werde. Einer ÖROK-Studie zufolge seien 21,3 Prozent bereit, für Berufs- und Ausbildungsverkehr das Fahrrad zu benutzen. In zwei ANTRÄGEN verlangt die ÖVP die Errichtung geeigneter Fahrradabstellanlagen und Erleichterungen sowie Gebührenbefreiungen für Ansuchen um deren Genehmigung. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bauten

37 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) SPö-Klubobmann EDLINGER verwahrte sich gegen einen Ausspruch von ÖVP-Gemeinderat CVETKOVIC, daß das Rathaus beim Kauf von Rohren aus Ungarn einen "Tag der offenen Hand" begangen habe. Das sei ein Korruptionsvorwurf. Cvetkovic solle Beweise auf den Tisch legen, weil dann eine Untersuchung eingeleitet werden müsse. Edlinger räumte ein, daß der ÖVP-Mandatar möglicherweise nur eine unbedachte Äußerung von sich gegeben habe.

Der amtierende Vorsitzende des Gemeinderates, GR. HIRSCH (SPö) erteilte dem ÖVP-Mandatar Cvetkovic wegen des Ausspruches "Tag der offenen Hand" einen Ordnungsruf.

GR. WORM (ÖVP) betonte, sein Fraktionskollege Cvetkovic habe mit seiner Äußerung gemeint, daß es "keinen Tag der sparsamen Hand" bei der Auftragsvergabe gegeben habe. Ihm sei es unverständlich, daß Rohre aus Ungarn gekauft werden, während derartige Produkte in Österreich auf Lager liegen. Worm trat dafür ein, den Fall eingehend zu überprüfen.

Stadtrat RAUTNER (SPö) stellte in einer kurzen Wortmeldung fest, er kenne aus seinem Aufgabenbereich das Rohrgeschäft nicht, der Ausspruch von ÖVP-Gemeinderat Cvetkovic stelle aber auch für ihn, entsprechend dem allgemeinen Sprachgebrauch, einen Korruptionsvorwurf dar. Wenn es nicht so gemeint war, so müsse sich der Redner entsprechend entschuldigen.

SPö-Klubobmann EDLINGER ersuchte um eine Interpretation durch ÖVP-Gemeinderat CVETKOVIC.

Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsgruppe Bauten erfolgte nicht. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
38 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Die Bürger sollen auch gegenüber der Behörde einen wirkungsvollen Konsumentenschutz erhalten, verlangte GR. Ingrid KOROSEC (ÖVP). Bürgernahe Verwaltung darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern soll angesichts der Monopolstellung der öffentlichen Hand in allen Bereichen der Stadtverwaltung verwirklicht werden. Korosec brachte einen ANTRAG ein, der unter anderem die Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen fordert sowie den Ausbau der Dienststellen mit Parteienverkehr zu kundenorientierten Servicestellen zum Inhalt hat.

In einem weiteren ANTRAG forderte Korosec die Einrichtung eines Bürgeranwaltes für den Bereich des Landes und der Gemeinde Wien analog zur Volksanwaltschaft. In einem dritten ANTRAG schließlich wird die Aufhebung der Amtsverschwiegenheit der Gemeindebediensteten verlangt. Die Bestimmungen der Dienstordnung sollen dahingehend geändert werden, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt wird. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
39 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HUBER (SPÖ) wandte sich gegen Äußerungen aus den Reihen der ÖVP, die Beamten Unkorrektheiten oder Unfähigkeit unterstellten und damit das Image der Beamten beeinträchtigten. Die Beamten der Stadt Wien haben auch 1984 in den verschiedensten Bereichen hervorragende Arbeit geleistet, sagte Huber, und nannte im speziellen die etwa 700 Geschäftsfälle, die das Büro für Sofortmaßnahmen erledigte und die rund 7.000 Erledigungen des Bürgerdienstes. Wie dieser erfüllen aber alle Dienststellen ihre Aufgabe im Rahmen einer bürgernahen Verwaltung aufs beste. Das Funktionieren der Infrastruktur von der Wasserversorgung bis zur Müllabfuhr ist in Wien, im Gegensatz zu vielen anderen Städten, eine Selbstverständlichkeit. Huber sprach sich schließlich für eine Verwaltungsvereinfachung durch neue Technologien aus, was ein Freiwerden von Arbeitskapazität für noch mehr Bürgernähe bedeutet. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
40 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. ENGELMAYER (öVP)
berichtete, daß gegenüber dem Voranschlag 1984 die präliminierten
Personalzahlen zwar um 3 Prozent überschritten wurden, der
finanzielle Aufwand jedoch um 2,5 Prozent zurückging. Die
städtischen Bediensteten mußten angesichts geringer
Gehaltsabschlüsse und hoher Inflation einen Reallohnverlust von
2 Prozent zuzüglich erhöhter Beiträge für die Pensionsversicherung
in Kauf nehmen. Dazu komme, daß im öffentlichen Dienst die Bezahlung
vom Dienstalder, nicht jedoch von der Leistung abhängig ist, was zu
einer Frustration leistungsfreudiger junger Menschen führe.

Engelmayer verwies auf einen öVP-Antrag vom Dezember 1984,
wonach eine Objektivierungskommission für die Postenvergabe
installiert werden sollte (Engelmayer verwies dabei auf das Beispiel
Niederösterreich, GR. Ing. SVOBODA, SPö, meinte dazu in einem
Zwischenruf, in dieser Angelegenheit seien "die kommunistischen
Länder noch demokratischer", wofür ihm der Vorsitzende einen
Ordnungsruf erteilte). (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
41 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUB (SPö) erklärte, das
Prostitutionsgesetz hat sich als gutes Gesetz erwiesen. Aus den
23 Wiener Bezirken gab es nur in vier Fällen negative Stellungnahmen
zum Prostitutionsgesetz. Durch die neuen Bestimmungen sind die
Belästigungen der Bevölkerung deutlich zurückgegangen. (Forts.)
sei/and/rr

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Personal, Rechtsangelegenheiten, Konsumentenschutz
42 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Friedrike SEIDL (SPö) betonte,
sie könne der Forderung der öVP-Mandatarin KOROSEC nach einem
Konsumentenschutzgesetz gegenüber Behörden nicht zustimmen. Der
Vorwurf von öVP-Gemeinderat Engelmayer bezüglich schlechter
Besoldung im öffentlichen Dienst werde durch die zahlreichen
Bewerbungen entkräftet. Dem Gedanken einer Objektivierungskommission
könne sie nicht nahetreten.

StR. Seidl bekannte sich zu verständlichen Formular- und
Gesetzestexten. Bei neuen Gesetzen sei das bereits gelungen, bei
Novellen gebe es allerdings gewisse Schwierigkeiten. Sie habe daher
mit Staatssekretär Löschnak und dem Präsidenten des
Verwaltungsgerichtshofes Gespräche vereinbart.

Nach einer kurzen nichtöffentlichen Sitzung wurde die Sitzung
des Gemeinderates unterbrochen und wird am Mittwoch nach der Sitzung
des Landtages mit den Beratungen über die Geschäftsgruppe Umwelt und
Bürgerdienst fortgesetzt. (Schluß) fk/gg

Abdullah Bin Abdul Aziz: Eintragung ins Goldene Buch

24 Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Der Kronprinz von Saudi-Arabien, stellvertretender Premierminister und Präsident der Nationalgarde, seine königliche Hoheit Prinz ABDULLAH BIN ABDUL AZIZ besuchte Dienstag nachmittag das Wiener Rathaus und trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein. (Schluß) rö/gg

NNNN